

Gesucht: Der ideale Baselbieter Regierungsrat

Ein Blick in die Geschichte kann vor Wahlen nie schaden. Vergleiche mit früheren Zeiten zeigen Veränderungen und Kuriositäten auf. Zum Beispiel: Während am Anfang vorab viele Wirte und Bauern in die Regierung kamen, liefen ihnen später die Lehrer den Rang ab. Besonders häufig aber wurden Juristen gewählt...



Auch das gab es: 1833 wurde Obergerichtspräsident E. R. Frey gegen seinen Willen vom Landrat in die Regierung gewählt.

Der Altersdurchschnitt bei Amtsantritt hat sich im 20. Jahrhundert nach oben verschoben. Wurden früher einzelne Regierungsräte wie Daniel Bider (1851-1855/1857-1863) oder Wilhelm Martin (1872-1873) schon mit 26 Jahren gewählt, so gehörte Paul Nyffeler (1975-1989) mit seinen 36 Jahren in diesem Jahrhundert zu den jüngsten. Der älteste Baselbieter, der jemals Regierungsverantwortung übernahm, war der Mutterzer Wirt Johannes Mesmer mit 72 Jahren (1863-1866). Allerdings kannte er sich dazumal im Amt bereits gut aus, hatte er doch schon früher zweimal als Regierungsrat gewirkt (1848-1851 und 1855-1857).

Der ideale Regierungsrat

Nimmt man die Angaben aller bisherigen Regierungsräte zusammen, so ergibt sich daraus so etwas wie das Profil des musterhaften Anwärters: Er ist 43-jährig, Junge und Bürger von Liestal.

Dass der Kantonshauptort wieder einmal einen Vertreter in die Regierung schicken dürfte, zeigt die Statistik: Insgesamt elf Regierungsräte waren hier beheimatet, seit Gustav Seiler (1922-1939) stammte aber niemand mehr aus dem Stedli.

Ist dieser Regierungsrat einmal gewählt, so sollte er zehn Jahre im Amt bleiben - dies entspricht dem Durchschnitt seiner Vorgänger. Obwohl der abtretende Justizdirektor Clemens Stöckli bereits 20 Jahre regiert hat, ist er allerdings weit von der längsten Amtszeit entfernt. Gustav Rebmann (1876-1914) und Albert Grieder (1893-1931) brachten es nämlich auf sage und schreibe 38 Dienstjahre. Der Zufall will es, dass beide vor ihrer Wahl als Landschreiber gearbeitet hatten. Und mit Heinrich Gläser (1885-1917) sass zur gleichen Zeit noch ein dritter Landschreiber in der Exekutive. Er stand seinen Berufskollegen um nicht viel nach und blieb 32 Jahre im Amt.

Nicht mit 20 Rosen

Im März werden sich sieben Kandidaten und eine Kandidatin die fünf Sitze streitig machen. Doch nicht immer war das Amt eines Regierungsrats

so begehrt. 1833 wurde Obergerichtspräsident und Landrat Emil Remigius Frey vom Kantonsparlament gegen seinen Willen in den Regierungsrat gewählt und in einem zweiten Wahlgang gar noch zum Regierungsratspräsidenten bestimmt. Frey lehnte die Wahl ab und erklärte, er werde eher eine Abwärtsstelle übernehmen als den Regierungsratsposten antreten. Dieselbe Komödie wiederholte sich 1836, Frey wurde erneut gewählt. Er betonte, keine 20 Rosse würden ihn in den Regierungsrat bringen. Den Hintergrund dieser Ränkespiele bildete die Tatsache, dass sich der unbequeme Frey als Obergerichtspräsident und Landrat oft gegen Regierungsratsentscheide gestellt hatte. Er sollte deshalb gezwungen werden, selbst Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Erst zwanzig Jahre später gab Emil Frey dem Druck nach und amtierte von 1854 bis 1857 in der Exekutive.

Schwache Stimmbeteiligung

Aber nicht nur das Interesse einiger Kandidaten, auch die Beteiligung des Volkes liess im 19. Jahrhundert zu wünschen übrig. Nachdem der Landrat während 30 Jahren die Regierungsräte bestimmt hatte, wurden 1863 erstmals die 10 600 stimmberechtigten Männer des Kantons zur Wahl aufgerufen. Am 17. Mai beteiligte sich jedoch weniger als das vorgeschriebene Drittel der Stimmbürger an der Abstimmung - sie musste für ungültig erklärt werden. Ende Mai klappte es dann beim zweiten Versuch, die fünf Regierungsräte galten bei einer Stimmbeteiligung von 39 Prozent als gewählt.

Eine Anekdote aus den «Müscherli us em Baselbiet» beschreibt, wie es damals zuging: Die Einwohner einer Gemeinde waren im Schulhaus versammelt, um an der Abstimmung teilzunehmen. Zuvor wurde jedoch Heugras vergantet. Da meinte ein Stimmbürger: «Me hätt jetz lang gnuet gantet, me chönt mit de Regierigsrots-wahlen afo.» - «He, du Nar», erwiderte ein anderer, «me mues zerscht Heugras ha, eb me cha die Chüie in Stall stelle.»
Rolf von Siebenthal

Spatenstich für Chemielager

Mit dem ersten Spatenstich sind am Mittwoch im Birsfelder Hafen die Bauarbeiten für das Chemie-Sicherheitslager der Ciba-Geigy begonnen worden. In rund zwei Jahren soll das Lager fertiggebaut sein.

Birsfelden. BaZ. Bevor der Aushub beginnt, wurde der Boden auf eine mögliche Kontamination durch Altlasten (Kohlenwasserstoff, chlorierte Kohlenwasserstoffe sowie Schwermetalle) untersucht. Diese Sondierungen haben ergeben, dass Kies- und Sand den strengen Vorschriften der Bodenverordnung entsprechen, wie Ciba-Geigy mitteilt. Somit stehen mehrere 10 000 m³ eines wertvollen Materials für Bauzwecke zur Verfügung.

Vor Beginn der Bauarbeiten haben Fachleute Massnahmen zum Schutz der gefährdeten Pflanzenwelt getroffen. Bestände, die durch die Bautätigkeit bedroht sind, wurden abgeschürft und auf einer speziell präparierten Depotfläche angepflanzt. Sobald das Sicherheitslager steht, sollen sie im Bereich des Neubaus ihre definitiven Standorte erhalten.

Um bei dieser zweimaligen Abschürfung Verluste zu verhindern, haben Fachleute während der Sommer- und Herbstmonate 1990 Samen der seltenen Pflanzen gesammelt und sie im Institut für Umwelttechnik und Ökologie in Luzern eingelagert. Sobald diese Fachleute die vorübergehend deponierten Pflanzen an ihre definitiven Standorte gebracht haben, legen sie auch die Samen dieser zum Teil empfindlichen Gewächse dazu. So soll der gesamte Bestand der wertvollen Flora gerettet werden.

Alte, gut eingewachsene Pflanzenbestände, die sich ausserhalb der eigentlichen Baugrube befinden, werden mit hohen Bretterwänden umgeben. Diese Massnahme kann sie wirksam vor den negativen Auswirkungen der Bautätigkeit schützen.

Allschwil

Volkszählung abgeschlossen

BaZ. Die Volkszählung 90 wurde in zwei Etappen durchgeführt. Ende September 1990 erhielten alle Haus- und Grundeigentümer die Gebäudefragebogen. Erfreulicherweise kamen bis zum Beginn der eigentlichen Volkszählung bereits rund 90 Prozent dieser Fragebogen ausgefüllt zurück.

Die zweite Etappe setzte am 19. November 1990 ein. An diesem Tag erhielten die 120 eingesetzten Zählerinnen und Zähler die für ihren Zählkreis erforderlichen Unterlagen. Die Verteilung der Zählunterlagen an die Einwohnerschaft erfolgte ab 23. November 1990. Der Einzug der Unterlagen wurde unmittelbar nach dem Stichtag, 4. Dezember 1990, eingeleitet. Anschließend kontrollierten rund 20 Zählerinnen und Zähler die eingesammelten Zählbogen auf ihre Vollständigkeit. In diesen Tagen erfolgen nunmehr die Abschlussarbeiten durch ein dreiköpfiges Team.

Der Gemeinderat dankt an dieser Stelle dem Leiter der Volkszählung, Ernst Feldmann, für die sorgfältige Vorbereitung dieser Erhebungen und den reibungslosen Ablauf. Ebenso dankt der Gemeinderat den zahlreichen Helferinnen und Helfern für ihren Einsatz.

Wenn Herrchen rauft

Liestal. BaZ. Dass man mit seinen treuesten Kameraden, gemeint sind die Hunde, im Wald spazieren geht, dagegen ist nichts einzuwenden. Kommt es dann aber unter den beiden Besitzern, eben wegen dieser Hunde, zu Handgreiflichkeiten, stimmt das schon bedenklich. So geschehen in einem Naherholungsgebiet im unteren Baselbiet. Unter drei frei umherlaufenden Hunden kam es zu einer Rauferei. Die Besitzer riefen daraufhin ihre Hunde zurück, worauf die Angelegenheit eigentlich beendet schien. Doch weit gefehlt; nun kam es unter den beiden Hundebesitzern zum Streit und gar zu Handgreiflichkeiten, was zur Folge hatte, dass sich im nachhinein noch die Polizei mit diesem Fall zu befassen hatte.

Liestal. Der Ormalinger Müller Johannes Eglin galt nicht gerade als musterbildender Regierungsrat. «Er hat von allen Regierungsräten, die je einmal existierten, am wenigsten geleistet», schrieb der Chronist Wilhelm Schulz im Jahr 1875. Während seiner Amtszeit von 1832 bis 1834 soll Eglin den Sitzungen eher selten beigewohnt haben, doch «vergass er nie, wöchentlich seine sechs Fünfliber Lohn abzuholen». Eigenartige Ansichten vertrat Johannes Eglin über die Ankurbelung

der einheimischen Wirtschaft. So sprach er sich in einer Landratssitzung dafür aus, die Strassen im Kanton möglichst kurvenreich verlaufen zu lassen. Auf diese Weise müssten die Fuhrleute länger im Baselbiet bleiben und hier mehr Geld ausgeben.

Vor allem Lehrer und Juristen

Die Zeiten haben sich geändert und mit ihnen sind auch die Ansprüche an Regierungsräte gestiegen. Seit der Trennung von Basel-Stadt und Baselland im Jahr 1832 standen insgesamt 83 Männer an der Spitze des Kantons. Waren es in den ersten Jahrzehnten viele Wirte und Bauern, die ins Amt gewählt wurden, so liefen ihnen später die Lehrer den Rang ab. Die besten Aussichten auf eine Wahl hatten jedoch seit jeher Juristen. Mehr als jeder vierte Regierungsrat arbeitete vor seiner Amtszeit als Gerichtspräsident, Anwalt oder Gerichtsschreiber.



Reinacher Wohnwagen müssen weg

Jetzt hat auch das Verwaltungsgericht verfügt, dass der Reinacher Bio-Gärtner Künzi die beiden Wohnwagen bei seinem Haus entfernen muss: Es lag nie eine Bewilligung dafür vor, und die Wohnwagen stehen zu nahe an Wald und Haus.

Reinach/Liestal. vst. Die Bio-Gärtnerei und ihr unkonventioneller Inhaber beschäftigten Behörden und Anwohner schon seit längerer Zeit. Gleich hinter seinem Haus hat Künzi vor Jahren zwei Wohnwagen aufgestellt, in denen Saisoniers und Asylbewerber untergebracht sind. Da die Wohnwagen aber zu nahe an Haus und Waldrand stehen, verfügte die Gemeinde Reinach im November 1987 deren Entfernung.

Dagegen protestierte der Hausbesitzer beim Regierungsrat; nachdem er dort abgewiesen worden war, zog er seine Beschwerde schliesslich ans Verwaltungsgericht weiter.

Doch auch das höchste Baselbieter Gericht stützte den Entscheid der Vorinstanzen. In nur gerade fünf Minuten kamen die Richter im Arlesheimer Bezirksgerichtssaal zu einem einstimmigen Urteil. Vizeprä-

sident Christian Englert hielt in seinen Erläuterungen fest, dass die beiden Wohnwagen an Kanalisation und Stromversorgung angeschlossen seien und durch ein speziell erbautes Dach vor Regen geschützt würden. Sie seien deshalb eindeutig als Bauten zu betrachten, ein Baugesuch habe der Beschwerdeführer jedoch nie eingereicht. «Wir können deshalb gar nicht anders entscheiden», erklärte er.

Dieser Meinung schlossen sich die übrigen Richter an. Die Frist für die Entfernung der Wohnwagen wurde auf Ende März festgesetzt.

Das Gericht fällte sein Urteil im übrigen ohne Anwesenheit des Beschwerdeführers: Weder der Gärtner noch sein Anwalt nahmen an der Verhandlung teil. Lediglich am gerichtlichen Augenschein war der Gärtner kurz anwesend.

Aus dem Regierungsrat

Wahlen

Liestal. BaZ. Der Regierungsrat nahm an seiner letzten Sitzung von sechs Kündigungen und zwei Rücktritten Kenntnis.

Er wählte: Renate Oswald (Liestal) als Sachbearbeiterin (Teilpensum) des Sekretariats der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion/Schlichtungsstelle für Mietangelegenheiten; Elisabeth Oberer (Thürnen) als Sachbearbeiterin (Teilpensum) des Sekretariats der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion/Altersheime; Valerie Schlosser (Holstein) als Buchhalter-Kassierin des

Fürsorgeamtes; Thomas Wälti (Lupsingen) als Kreisgeometer des Kreises Liestal-Waldenburg und Sissach; Peter Eglin (Känerkinden) als Schaufuhr-Handwerker des Tiefbauamtes/Werkhof N2; Daniel Schneider (Pratteln) als Sekretär der Bezirksschreiberei Arlesheim/Abteilung Grundbuchamt; Urs von Arx (Frenkendorf) als Sekretär der Bezirksschreiberei Liestal, Abteilung Betriebs- und Konkursamt, sowie Bernhard Allemann (Basel) als Fürsorger der Amtsvormundschaft Arlesheim.

Zimmerstand in Flammen

Münchenstein. BaZ. Glimpflich abgelaufen ist eine Unachtsamkeit in einem Münchensteiner Einfamilienhaus an der Pfarrgasse: Im Laufe des Dienstagabends lödete der Sohn eine Kerze an, die in einem Kunststoffhalter steckt. Später verliess er das Zimmer, vergass aber, die Kerze zu löschen. Als sie niederbrannte, fing das Papier auf dem Schreibtisch

Feuer, und rasch breiteten sich die Flammen im ganzen Zimmer aus. Dank des sehr raschen Einsatzes der Münchensteiner Feuerwehr konnte die Ausbreitung des Feuers auf den Dachstock und andere Zimmer verhindert werden. Der Sachschaden ist beträchtlich. Die Behörden haben eine Untersuchung eingeleitet.

Engagiert für Frauenkandidatur

Ein überparteiliches Komitee «Frauen wählen», dem ebensogut auch Männer angehören können, unterstützt die Kandidatin der Grünen, Dorothee Widmer.

Liestal. -toec-. Die Öffentlichkeit dafür sensibilisiert, dass es Frauen auch in der Regierung braucht, will das im Dezember gegründete Komitee «Frauen wählen». Seine Präsidentin Cécile Spittel (Radiojournalistin und Hausfrau), Beatrice Gemperle (Holzbildhauerin, Lehrerin und Hausfrau) und Soledad Vosseler (Sozialarbeiterin) stellten in Liestal «Zielhof» Ziele und Aktivitäten für den Urnengang vom 24. März vor. Es bestehe derzeit aus rund 100 Mitgliedern, zur Hälfte ungefähr aus Männern, ein breites Spektrum sei darin vertreten, legten sie dar. Kollektivmitglieder sind Verein für Frauenrechte BL, Ofra BL und Frauenlobby BL. Das Komitee unterstützt die Regierungsratskandidatin der Grünen, Dorothee Widmer (Birsfelden) und bedauert, dass nicht mehr Frauen für die Exekutive nominiert wurden. Bei den Landratswahlen engagiert es sich nicht. Es verweist darauf, dass Frauen neben anderem zusätzliche Erfahrungswerte, ein teilweise anderes Denken und Handeln in die Politik einbringen und auch von ihrer Lebensgeschichte als Frau her andere Impulse beisteuern können.

Die Bevölkerung, sowohl Männer als auch Frauen, hat das Recht, auch in der Regierung ihrer Zusam-

mensetzung entsprechend vertreten zu sein, unterstreichen die Exponentinnen des Komitees, was bei den heutigen Anteilen im Klartext heisst, dass Männer Frauen Platz machen müssen. Wenn Männer und Frauen einmal zusammen regieren, werde man sehen, was das an Positivem mehr bringen kann.

Mit Dorothee Widmer will das Komitee «eine fähige Frau unterstützen, die in ihrer langjährigen politischen Arbeit gezeigt hat, dass sie sich für die Sache der Frau, der sozial Schwächeren sowie auch für ökologische Anliegen einsetzt», die in der Regierung Mut und Toleranz miteinander verbinden würde. Mit einem Ansteck-Kärtli, einer «Hommage» an Dorothee Widmer (einer kulturellen Veranstaltung am 6. März abends in Liestal mit «Clownin» Nicole Cavin, Chor Kontrapunkt usw.) und vielen weiteren Aktivitäten will es sein Ziel erreichen. Ob das Komitee auch weitere Frauen unterstützen könnte, wenn solche für die Regierung aufgestellt wären? Das komme darauf an, ob sie auch tatsächlich Frauenpolitik mache, ob sie die Interessen auch der Frauen vertrete, rasonniert man im Komitee, das vorerst noch offen lasse bestehen bleiben will.